

0. Begrüßung – Einleitung

1. Kurzer Blick in die Historie oder „warum die Großen so groß sind“

1.1 Die *Badische Landes-Elektrizitäts-Versorgungs AG*, (**Badenwerk AG**)

1.2 Die Energie-Versorgung Schwaben AG (**EVS**)

1.3 **Der Mappus – Deal**

1.4 Die **Bayernwerk AG**

1.5 **RWE - Etwas anders gelaufen**

1.6 **Die Wiedervereinigung am 3.10.1990**

1.7 **Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG)**

1.8 **Verbundsystem, Netzbetreiber**

1.9 **Die Strombörse**

kleine P A U S E ? ? ?

2. Die ersten Auswirkungen der Energiewende

3. **Rekommunalisierung**

4. **Was kann der Bürger selber tun ?**

5. **Kommunal-erneuerbar.de**

6. **Attac - Ein Plädoyer für Dezentralisierung**

7. **Und was sagt die Staatskanzlei ? (Brief 16.2.12)**

.....und Artikel SZ 25.2.12 „Der Erfolg des Scheiterns“

Anhang:

Infotafeln

Adressenblatt

0. Begrüßung – Einleitung

Nach der Atomkatastrophe von Fukushima, haben wir bei Attac Karlsruhe eine Arbeitsgruppe „*Energiewirtschaft global*“ gegründet.

Für uns ist die Katastrophe von Fukushima aber kein reines Umweltthema (das können andere besser), sondern auch ein sehr plastisches Beispiel für die Macht der Stromkonzerne:

Verschleierung, Desinformation, Beschwichtigung – so sieht die derzeitige Energiepolitik aus. Gewinne für wenige, aber die Risiken und die Schäden tragen die Gesellschaft und die Umwelt. Der Betreiber TEPCO ist de facto pleite, der Staat, also sprich der Steuerzahler muß es nun richten.

Also, Klartext: Land und Meer sind auf Jahrhunderte verseucht, Gemüseanbau und Fischerei kann man in der Gegend vergessen, und die Menschen dort dürfen auch noch dafür bezahlen!!!!

Uns geht es also mehr um die Zusammenhänge und Verflechtungen zwischen Energiewirtschaft und Politik – in der Welt und wie auch in Deutschland. Staat, Land und Kommunen sind ja in Deutschland mehr oder weniger Eigentümer dieser Konzerne.

Es geht uns auch darum, Alternativen aufzuzeigen – regional, demokratisch, umweltverträglicher etc. etc. Wir wollen aufzeigen, welche Möglichkeiten es für den "Normalbürger" gibt, sich selber um die Energiewende zu kümmern und sich zumindest ein Stück weit von der Abhängigkeit der meist amerikanischen Öl- und den russischen Gasmultis und der weltweit agierenden Stromkonzerne zu befreien.

Wir brauchen nicht unbedingt Heuschrecken wie Blackstone, die für uns Windparks in der Nordsee errichten wollen und wir müssen uns auch nicht noch weiter abhängig machen von der russischen Gazprom oder von Netzbetreibern, die inzwischen der Commerz- und anderen Banken gehören.

Also, nicht nur einfach den Stromanbieter oder Tarif wechseln sondern wir wollen Beispiele nennen, wie sich der Einzelne selber wirtschaftlich betätigen kann; als Betreiber eines BHKW oder einer Photovoltaikanlage, als Mitglied einer Genossenschaft, als Kommanditist, als Aktionär etc. etc.

Wie notwendig es ist, sich selber zu kümmern, zeigt ein Kommentar der Süddeutschen Zeitung vom 12.1.2012 mit der Überschrift:

**Verstolperte Wende –
wie Politik und Energiekonzerne den Neustart vermässeln.**
(aus dem Artikel zitieren)

1. Kurzer Blick in die Historie oder „warum die Großen so groß sind“

Internationale Elektrizitätsausstellungen waren eine Reihe von Ausstellungen, in denen ab **1881** die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Elektrotechnik gezeigt wurden.

Die Elektrizitätsausstellung (exposition de l'électricité) fand ab 10. August **1881** erstmals in Paris statt. Tausend Glühlampen, damals noch „Edison-Leuchten“ genannt, erstrahlten auf dem Gelände und es gab dort Versuchsstände, an denen das Publikum Glühlampen ein- und ausschalten durfte

Die Internationale Elektrotechnische Ausstellung fand vom 16. Mai bis zum 19. Oktober **1891** auf dem Gelände der ehemaligen Westbahnhöfe in Frankfurt am Main statt. Bei der Ausstellung wurde mit der Drehstromübertragung Lauffen–Frankfurt erstmals die leistungsstarke Fernübertragung von Strom demonstriert, der im 175 km entfernten Lauffen am Neckar erzeugt wurde. Aufgrund dieses erfolgreichen Feldversuchs setzte sich die Drehstromtechnik für den Aufbau elektrischer Übertragungsnetze weltweit durch.

Die Nutzung von elektrischem Licht wurde erst möglich, nachdem durch die Erfindung von Werner von Siemens **1867** mithilfe eines Dynamos Strom erzeugt wurde. Obwohl am Ende des 19. Jahrhunderts der elektrische Strom zur Beleuchtung Verwendung fand (zum Beispiel 1878 in Paris, wurde die Gasbeleuchtung in manchen europäischen Städten zum Teil bis zur Gegenwart beibehalten.

Die erste dauerhafte elektrische Straßenbeleuchtung in Deutschland wurde am 7. Juni 1882 von Sigmund Schuckert in Nürnberg in Betrieb genommen. Es folgte ab dem 20. September 1882 die elektrische Beleuchtung auf dem Potsdamer Platz in Berlin.

Jetzt einige Beispiele verschiedener, heute noch bekannter Unternehmen:

Badenwerk, Energieversorgung Schwaben, Bayernwerk, RWE

1.1 Die Badische Landes-Elektrizitäts-Versorgungs, später **Badenwerk AG.**

Grundstein war ein Gesetz aus dem Jahre **1912**, mit dem der Bau und Betrieb eines staatlichen Wasserkraftwerks an der Murg bei Forbach im Schwarzwald geregelt wurde, die Murgtalsperre. Das Kraftwerk wurde während des ersten Weltkriegs gebaut. Wegen des wachsenden Strombedarfs musste das Werk sogleich um eine zweite Baustufe, das Schwarzenbachwerk, erweitert werden.

Der badische Landtag verpflichtete sich, das gesamte Grundkapital der Badenwerk AG stets im staatlichen Besitz zu halten. Diese Verpflichtung wurde 1970 vom baden-württembergischen Landtag aufgehoben.

Das Land war jedoch weiterhin Hauptaktionär des Badenwerks bzw. – nach der Fusion zum 1. Januar 1997 mit der Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS) – der Energie Baden-Württemberg AG (**EnBW**).

Im Jahr 1999 verkaufte das Land Baden-Württemberg 45 % an die Électricité de France (EDF).

- **Rückkauf 2011** durch MP Mappus.

(Kommt gleich anschließend, nach EVS)

1.2 Die Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS)

entstand am 1. April 1939 durch den Zusammenschluss des **Zweckverbandes Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW)** und der **Elektrizitäts-Versorgung Württemberg AG (EVW)**,

die ihrerseits aus dem Zusammenschluss von Württembergische Landeselektrizitäts AG (WLAG) (gegründet 12. Oktober 1918) und Württembergischer Sammelschienen AG (WÜSAG) (gegründet 25. Juli 1923) vom 14. Dezember 1934 hervorging.

Die OEW brachten ihre sämtlichen Anlagen, das Personal sowie Bezugs- und Lieferverträge in die neue Gesellschaft ein und erhielt dafür den entsprechenden Gegenwert in Aktien des neuen Unternehmens EVS, was den Grundstock für die heutige 45,01-prozentige Beteiligung an der EnBW darstellt.

Zum 1. Januar 1997 fusionierte die EVS mit der Badenwerk AG zur Energie Baden-Württemberg AG (EnBW), Unternehmenssitz wurde Karlsruhe. Etwas später kamen TWS und Neckarwerke Esslingen zur EnBW hinzu.

Auf TWS kommen wir unter Punkt 2.3 nochmal zurück

Und jetzt: Der Mappus-Deal

1.3 Der Mappus – Deal

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rueckkauf-der-enbw-aktien-mappus-vermaechtnis-11484728.html>

Rückkauf der ENBW-Aktien Mappus' Vermächtnis

Eine Ohrfeige für Mappus, ein Schlag für die CDU: Der baden-württembergische Staatsgerichtshof beurteilt den Rückkauf der ENBW-Aktien als Verfassungsbruch.

Von Rüdiger Soldt, Stuttgart 06.10.2011

Gut, dass Sie sich überzeugen wollen, dass er auch etwas von Wirtschaft versteht“, begrüßte der Regierungssprecher am 7. Dezember vergangenen Jahres die Journalisten der Kabinettspressekonferenz des damaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) in Stuttgart. Tags zuvor hatte Mappus im Foyer des Landtags schon Fernsehteams und Reporter einbestellt, weil er, knapp vier Monate vor der Landtagswahl und den Verlust der Regierungsmacht fürchtend, aus seiner Sicht eine „Sensation“ zu verkünden hatte. Das Land werde vom französischen Staatsunternehmen „Électricité de France“ (EdF) den 45-Prozent-Anteil am baden-württembergischen Energieunternehmen ENBW für 4,7 Milliarden Euro zurückkaufen. Damit wolle die Regierung den Einstieg russischer Investoren verhindern.....

.....„**Oettinger hätte das Geschäft so nicht getätigt**“

Mappus hatte aus der Geringschätzung für seinen Finanzminister nie ein Geheimnis gemacht. Am 5. Dezember, einem Sonntag, hatte er ihn aus seinem Wohnort Oberkirch ins Stuttgarter Staatsministerium einbestellt. In Anwesenheit des damaligen Staatsministers Helmut Rau, des Deutschlandchefs der Investmentbank Morgan Stanley, Dirk Notheis, sowie von Anwälten einer Stuttgarter Kanzlei hatte Mappus seinem Minister von der Kaufabsicht berichtet. Stächele ließ eine Aktennotiz anfertigen und unterschrieb, denn schon am Montag sollte das Geschäft getätigt und öffentlich gemacht werden. Hätte Stächele die Unterschrift verweigert, hätte er wenige Monate vor der Landtagswahl zurücktreten müssen.

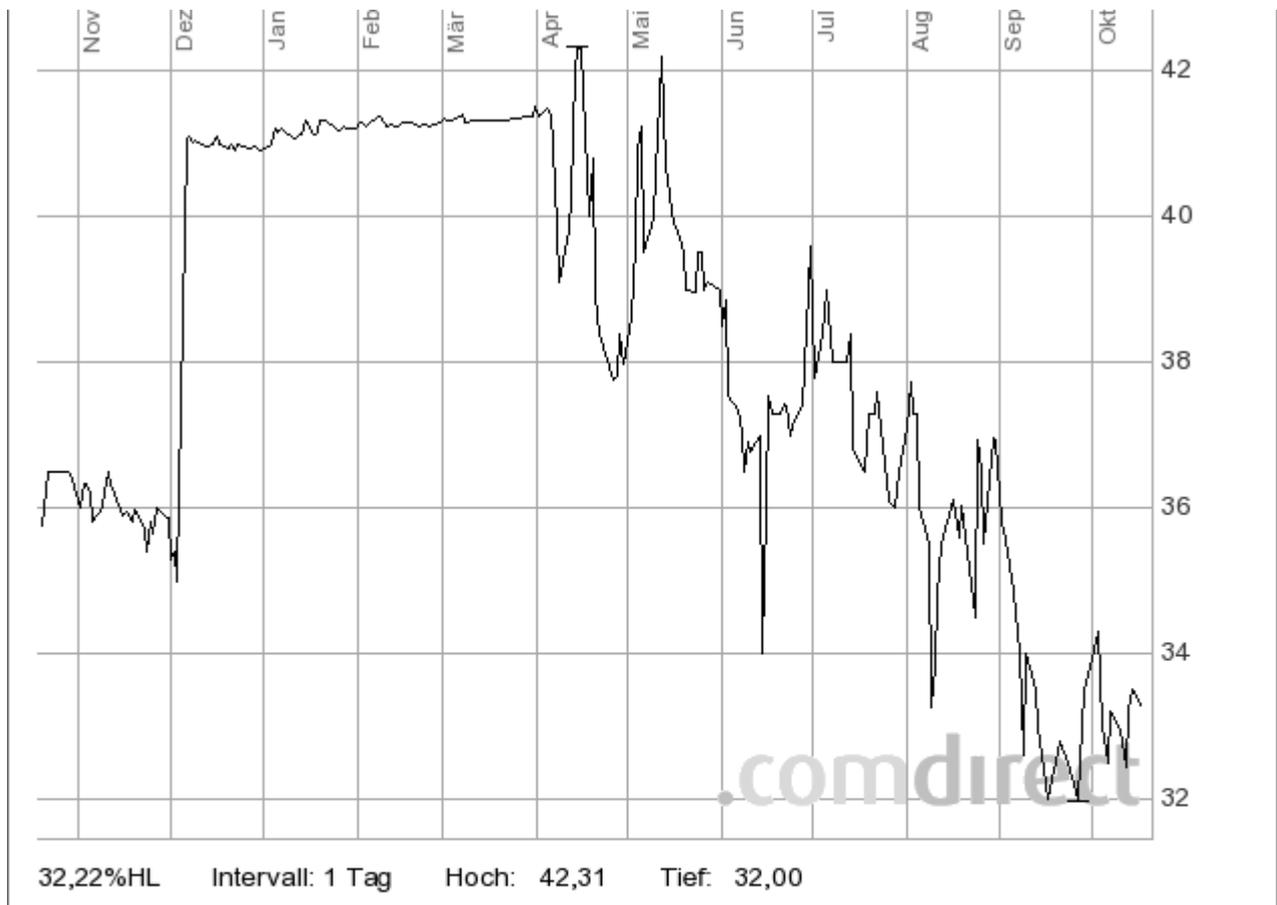
<http://www.comdirect.de/inf/aktien/detail/chart>.....

19.10.2010 bis 19.10.2011

Aktie WKN: 522000

Kurs: 12.05.2011 - 42,20

am 9.2.2012 34,50



Mappus-Deal 6.12.2010 Bekanntgabe (Ohne Beteiligung des Landtages BW)

Kurs steigt von ca. 35,00 € auf 41,50 (=Angebot)

Pflichtangebot nach Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) max.10 plus 2 Wo.

Fukushima Beginn der Unfallserie: 11.03.2011 (Erdbeben)

<http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Stadt-Karlsruhe-erntet-Kritik-fuer-EnBW-Aktien-Deal:art6066.593455>

Stadt Karlsruhe erntet Kritik für EnBW-Aktien-Deal

31.03.2011

Karlsruhe (ps/mda) - Die Stadt Karlsruhe ***)** hat vor wenigen Wochen 100.000 Aktien der Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) im Wert von 4,1 Millionen Euro erworben. Aus städtischer Sicht wird der Aktien-Deal als langfristige Investition gesehen. Die Karlsruher Grünen hingegen kritisieren den Aktienkauf der Stadt heftig.

Die Entscheidung für den Aktien-Deal sei bereits vor der Atomkatastrophe in Japan gefallen, so eine Sprecherin der Stadt gegenüber ka-news.

Die Grünen-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe übt nun scharfe Kritik am Kauf von EnBW-Aktien durch die Stadt Karlsruhe. "Der Preis von **4,1 Millionen Euro**, der für die knapp **100.000 Aktien gezahlt** wurde, ist völlig überhöht", sagt die Fraktionssprecherin Bettina Lisbach. "Bereits vor der Reaktorkatastrophe in Japan war klar, dass die EnBW mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf die Atomenergie nicht zukunftsfähig aufgestellt und ein Aktienkauf daher viel zu riskant ist."

*) Stadtwerke GmbH

<http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=7893810/dz6hbn/index.html>

Stuttgart/Biberach EnBW-Eigner wollen Stromkonzern offenbar umbauen

09.04.11

Die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke (OEW) fordern als einer der beiden Großaktionäre des Stromkonzerns EnBW eine Wende von der Atom- zur regenerativen Energie. Am Freitagabend hatte die OEW beschlossen, ihre Anteile an der EnBW aufzustocken.

Vertreter der neun im Zweckverband vertretenen Kreise forderten laut "Stuttgarter Zeitung" (Samstagsausgabe) einen Umbau des Konzerns, der sein Geld überwiegend mit Atomenergie verdient.

Der Fraktionschef der Freien Wähler im Kreistag Biberach, Hans Petermann, sagte: "Wir hoffen, dass die EnBW offener wird zur dezentralen Gewinnung erneuerbarer Energien."

.....

1.5 Die **Bayernwerk AG**

war ein bayerisches Energieversorgungsunternehmen. Es wurde **1921 gegründet**, gehörte dem Freistaat Bayern und betrieb unter anderem das von Oskar von Miller angeregte und von der **Walchenseewerk AG** gebaute und 1924 in Betrieb genommene Walchenseekraftwerk.

Die Bayernwerk AG übernahm 1942/43 die Walchenseewerk AG und die Mittlere Isar AG, mit denen sie schon lange Jahre eng zusammengearbeitet hatte.

Durch Übernahmen weiterer Energieerzeuger wurde die Bayernwerk AG zu einem der großen bayerischen Energieversorgungsunternehmen, das sich ab 1950 den Wärmekraftwerken und ab den 1970er Jahren der Kernenergie zuwandte, die ab 1980 zu ihrem wichtigsten Energieträger wurde.

Bei der 1994 erfolgten Privatisierung der Bayernwerk AG wurde diese mehrheitlich von der VIAG übernommen und fusionierte 2000 zusammen mit **PreussenElektra** zur **E.ON Energie**.

1.6 **RWE** - Etwas anders gelaufen:

Am **25. April 1898** wurde die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (**RWE**) durch die Elektrizitäts-AG vormals W. Lahmeyer & Co und die Deutsche Gesellschaft für elektrische Unternehmungen gegründet, um die Stadt Essen mit Elektrizität zu versorgen.

1902 erwarben August Thyssen und Hugo Stinnes mittels eines von ihnen geführten Konsortiums unter Beteiligung der **Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Disconto-Gesellschaft** die Mehrheit an der RWE.

Das erste Elektrizitätswerk wurde auf dem Gelände der Stinnes-Zeche Victoria Mathias errichtet. Im Anschluss expandierte die Gesellschaft rasch durch Abschluss weiterer Versorgungsverträge mit Gemeinden im Ruhrgebiet und im Rheinland.

2000 fusionierte **RWE** mit seinem Konkurrenten **Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen (VEW)**. Gleichzeitig wurden die Vorzugsrechte kommunaler Anteilseigner erworben. In den letzten Jahren hat sich RWE von einem weltweit tätigen Energie- und Wasserversorgungsunternehmen zu einem Energieversorgungsunternehmen mit europäischem Fokus entwickelt.

Im Zuge dessen trennte sich RWE von zum Teil langjährigen Finanzbeteiligungen an Unternehmen wie **Hochtief** und **Heidelberger Druckmaschinen**.

Ende 2004 wurde RWE wegen seiner Lobbyismus-Praktiken öffentlich stark kritisiert (sogenannte RWE-Affäre). Harry Roels, RWE-Vorstandsvorsitzender von 2003-2007, reagierte mit der Entwicklung eines Verhaltens-Kodex und der Entwicklung von Unternehmens-Werten wie zum Beispiel „Kundenorientierung“ und „Vertrauen“.

Im Dezember 2005 geriet RWE als verantwortlicher Netzbetreiber im Zusammenhang mit tagelangen Stromausfällen in die Schlagzeilen, nachdem in Teilen des Münsterlandes als Folge eines heftigen Wintereinbruchs Ende November mehrere Hochspannungsmasten umknickten und die Stromversorgung vollständig zusammengebrochen war. In einigen Orten (Ochtrup) dauerte es über vier Tage, bis die Versorgung wieder sichergestellt war (Münsterländer Schneechaos).

1.6 Die Wiedervereinigung am 3.10.1990

Sämtliche Energieversorgungsanlagen gingen zunächst an die Treuhandanstalt und von da an die westdeutschen Versorgungsunternehmen (> Stromvertrag).

1991 klagten gegen diesen Vertrag mehr als **100 Kommunen** vor dem **Bundesverfassungsgericht**, weil dieser Vertrag die Kapitalmehrheit an den Regionalversorgern den westlichen Verbundunternehmen übertrug und die **Wiedergründung von Stadtwerken nicht zuließ**.

Die Verhandlung war in Stendal, das einzige mal, meines Wissens, daß das BVerfG auswärts tagte. Die Klage war erfolgreich und es kam zu etlichen Wiedergründungen von Stadtwerken.

1.7 Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG)

1998 erfolgte in Deutschland die Novellierung des aus 1935 stammenden Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) . Damit einher ging die

- **Auflösung der Gebietsmonopole**,
- es sollte Wettbewerb geschaffen werden,
- die Strompreise sollten sinken.

Das war zunächst auch der Fall, im Jahr 2000 waren die Strompreise auf einem Tiefpunkt, aber schon bald stiegen die Preise wieder.

Die Begründung mit staatlichen Abgaben, wie Stromsteuer, EEG-Abgabe und **Mehrwertsteuer auf diese Abgaben (!!!)** ist aber nur die halbe Wahrheit. Die Konzerne langten kräftig zu, und das bei gefallen Kosten, denn es wurden Tausende Arbeitsplätze abgebaut.

Es fand eine große Konzentration statt, die damals schon großen wurden noch größer, das sind im Wesentlichen die heutigen großen vier, RWE, Eon, Vattenfall und EnBW.

Damit einher ging auch das so genannte „unbundling“, d.h. die Entflechtung von **Erzeugung, Vertrieb und Verteilung** (Hochspannungsnetz). Zumindest musste eine getrennte Rechnungslegung erfolgen, was bewirkte, dass aus einer AG mindestens drei wurden.

1.8 Verbundsystem, Netzbetreiber

Eine Ausführliche Abhandlung findet man unter „Elektrofrieden“

<http://www.udo-leuschner.de/basiswissen/SB133-03.htm>

Hier die Kurzform:

**Der "Elektrofrieden" ermöglichte den weiteren Ausbau des Verbundsystems
= Vorläuferin der Deutschen Verbundgesellschaft,**

Die letzten Claims werden abgesteckt

Im Frühsommer 1927 kam es indessen zu einer Einigung: Der preußische Fiskus und das RWE tauschten ihre Faustpfänder im jeweils anderen Gebiet aus und grenzten in einem auf **fünfzig Jahre** befristeten Demarkationsvertrag ihre bestehenden Versorgungs- und Interessengebiete ab.

Die kurz darauf gegründete PreussenElektra sicherte im Januar 1928 auch ihre Ostgrenze durch Abschluß eines "Pool- und Demarkationsvertrags" mit dem Nachbarn "Elektrowerke AG" . Hinzu kamen ähnliche Abkommen mit den VEW und den Landesversorgern Bayerns, Sachsens, Thüringens und Hamburgs. Damit wurden die letzten Claims im Wilden Westen der deutschen Stromversorgung abgesteckt und die Versorgungsgebiete im wesentlichen so festgeklopft, wie sie bis zur Liberalisierung Bestand hatten.

Inzwischen hat RWE ihre Netztochter **Amprion** an ein Konsortium von Finanzinvestoren unter der Führung von Commerz Real, einer Tochter der Commerzbank. Hauptbeteiligte sind weiterhin die MEAG (Munich Re und ERGO), und weitere Versicherungsgesellschaften.

Der ehemalige Alleineigentümer RWE hält nur noch einen direkten Anteil von 25,1%, sowie übergangsweise eine indirekte Beteiligung von etwa 10%, die mittelfristig abgegeben werden soll (Stand September 2011)

Die übrigen Netzbetreiber:

50Hertz Transmission GmbH (Raum Hamburg und Ostdeutschland), zu 60 % im Besitz von **Elia** (Belgischer Netzbetreiber) und den australischen Fonds IFM, ehemals Vattenfall

Tennet, Niederländischer Netzbetreiber, ehemals E.ON

EnBW Transportnetze AG

Was ein von Finanzinvestoren geführter Betrieb will, deckt sich wohl nicht mit den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten.

Das Gegenteil dürfte der Fall sein, wie untenstehender Artikel der Financial Times Deutschland vom 26.10.2011 zeigt:

<http://www.ftd.de/unternehmen/handel-dienstleister/:hohe-energiekosten-netzbetreiber-setzen-hoehere-rendite-durch/60121266.html>

Netzbetreiber setzen höhere Rendite durch

Die Bundesnetzagentur wird den Anstieg der Energiepreise nicht spürbar dämpfen. Denn die Behörde geht auf die Betreiber von Strom- und Gasnetzen zu - und erlaubt den Unternehmen eine höhere Rendite als geplant.

von Michael Gassmann Düsseldorf

Die Bundesnetzagentur ist den Forderungen der deutschen Netzbetreiber nach einer höheren Rendite für den Betrieb von Strom- und Gasnetzen entgegengekommen. Die Behörde legte die Rendite für die nächste Regulierungsperiode FTD-Informationen zufolge nach einem mehrwöchigen Anhörungsverfahren **auf 9,05 Prozent fest**, nachdem sie zunächst einen Satz von 8,2 Prozent vorgeschlagen hatte.

Gegenüber dem derzeitigen Stand von 9,3 Prozent sinkt der Satz nur minimal. Die Netzagentur kann damit keinen wesentlichen Impuls zur Dämpfung der Energiepreise leisten. Die Netzentgelte bilden mit einem Anteil von rund einem Drittel eine der wichtigsten Komponenten der Endverbraucherpreise.

Die Verbände der Betreiber von Strom- und Gasnetzen hatten sogar 11,6 Prozent Rendite gefordert. Sie berufen sich darauf, dass im Zuge der Energiewende Milliarden in den Ausbau der Netze fließen müssen. Deshalb müsse die Branche für Kapitalgeber attraktiv bleiben.

Bei den Newcomern auf dem Strom- und Gasmarkt war dagegen der ursprüngliche Vorschlag der Netzagentur bereits auf heftige Kritik gestoßen. Sie halten ihn angesichts der geringen unternehmerischen Risiken des Netzbetriebs für zu großzügig.

Für die Netzbetreiber geht es um die Gewinnchancen bis zum Ende des Jahrzehnts. Der neue Satz legt derzeit die Rahmendaten für die zweite Regulierungsperiode fest, die für Gas-Pipelines 2013 und für Stromnetze 2014 beginnt. Die neuen Daten gelten für fünf Jahre. In Deutschland sind rund 1600 Netzbetreiber tätig - von Betreibern von Hochspannungsnetzen wie Amprion oder 50 Hertz Transmission bis hin zu kleinen Stadtwerken.

1.9 Die Strombörse

Ausführlich unter: <http://www.udo-leuschner.de/basiswissen/SB125-002.htm>

Die Deregulierung beseitigte die geschützten Versorgungsgebiete und eröffnete damit auch neue Möglichkeiten für den Handel mit Strom. Ohne die gleichzeitigen Fortschritte bei der elektronischen Datenverarbeitung und der Kommunikation per Internet wäre es aber kaum möglich gewesen, den damit verbundenen Aufwand in vertraglichen Grenzen zu halten.

Als 1992 die "Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke" (VDEW) ihr hundertjähriges Bestehen feierte, riskierte sie auch einen Blick in "Die Zukunft der Stromversorgung". – So war ein Buch betitelt, das die aus diesem Anlaß herausgegebene "Geschichte der Stromversorgung" ergänzen sollte. Als Herausgeber des Bandes fungierte ein renommierter Energiewirtschaftler.

Blättert man heute diesen Band durch, fällt auf, daß er sich auf technische Perspektiven der künftigen Stromversorgung beschränkte. Die Stichworte Stromhandel oder gar Strombörse kommen darin nicht vor. Überhaupt wird die wirtschaftliche Verfassung der Stromversorgung völlig ausgeblendet. Dabei hätte es allen Anlaß gegeben, gerade über die künftige Entwicklung auf diesem Gebiet zu spekulieren.

Als das Buch erschien, untersuchte die sogenannte Deregulierungskommission schon seit fünf Jahren, wie die bisherige Struktur der deutschen Elektrizitätswirtschaft zerschlagen werden könnte, um für mehr Wettbewerb zu sorgen. Eine entsprechende Neufassung des Energiewirtschafts-gesetzes stand auf der politischen Tagesordnung und wurde sechs Jahre später verwirklicht.

Die Strompreise stiegen, anstatt zu fallen

Inzwischen konnte das technische Argument gegen die Deregulierung entkräftet oder zumindest relativiert werden. Wie sich zeigte, war es tatsächlich möglich, die Netze getrennt von Erzeugung und Stromverkauf zu betreiben.

Vor allem die Fortschritte bei der elektronischen Datenverarbeitung machten es möglich, den damit verbundenen Aufwand in einigermaßen vertraglichen Grenzen zu halten.

Vorhersehbar war dieser Beistand durch die Computerisierung allerdings nicht unbedingt. Insofern hatten die Deregulierer vielleicht mehr Glück als Verstand.

Längst hat auch die Stromwirtschaft umgeschwenkt. Der Saulus wandelte sich zum Paulus, der fortan die frohe Botschaft des "Wettbewerbs" verkündete. Jenseits der Lippenbekenntnisse ging es aber eher um die Verhinderung von Wettbewerb. Nachdem es der etablierten Stromwirtschaft nicht gelungen war, die Deregulierung zu verhindern, sprang sie auf den fahrenden Zug auf, um wenigstens die eine oder andere Weiche in ihrem Sinne stellen zu können. Mit den sogenannten Verbändevereinbarungen gelang es ihr, eine wirklich diskriminierungsfreie Regelung des Netzbetriebs über Jahre hinweg zu verhindern.

Die Folge waren überhöhte Netznutzungsgebühren, von der alle etablierten Stromversorger profitierten, die aber insbesondere den vier marktbeherrschenden Konzernen zugute kamen und deren dominante Stellung festigten.

Indessen muß weiterhin als fraglich gelten, ob das alles auch volkswirtschaftlich sinnvoll war und ist. Aus der Sicht der Stromverbraucher jedenfalls hat die Deregulierung nicht den versprochenen Wettbewerb mit sinkenden Preisen bewirkt.....

Der nun einsetzende Stromhandel belastete das vorhandene Netz in einer Weise, für die es nicht ausgelegt war. Dadurch verringerte sich die Versorgungssicherheit, die vor allem in Deutschland bisher sehr hoch war.

So gesehen war die Deregulierung bisher ein Fehlschlag.

Auch die Strombörsen funktionierten nicht wie erhofft

Die Strombörsen bilden einen wesentlichen Teil des hier skizzierten Problems. Bei ihrer Einführung wurde gern auf die skandinavische Strombörse Nordpool verwiesen, die als erste Einrichtung dieser Art 1993 gegründet wurde und die für sinkende Strompreise gesorgt hatte. Ergo – so lautete das Versprechen – würden auch die anderen Strombörsen für sinkende Strompreise sorgen, indem sie das Angebot an Kraftwerksleistung und den Bedarf an Strom in optimaler Weise zusammenführen. In der Praxis zeigte sich aber bald, daß da wohl doch noch ein paar andere Faktoren wirksam waren. Gerade die Strombörsen entwickelten sich zu einem vielfach beargwöhnten Instrument der "Preisveredelung". Obwohl sie nur einen Bruchteil aller Stromlieferungen erfaßten, dienten sie nun als Referenz für das Gros der weiterhin bilateral abgeschlossenen Stromlieferverträge und trieben so das Preisniveau insgesamt nach oben.

Die Strombörsen gehörten nicht von Anfang an und auch nicht notwendigerweise zum Konzept der Deregulierung. Generell ist Wettbewerb nicht an das Vorhandensein von Börsen gebunden (mitunter funktioniert er ohne Börsen sogar besser, könnte man angesichts der Erfahrungen auf dem Strommarkt hinzufügen). Daß schließlich in allen größeren Ländern Strombörsen gegründet wurden, entsprang auch nicht einem dringenden Bedürfnis der Stromwirtschaft.

Die Branche war anfangs zumindest geteilter Meinung über den Nutzen einer solchen Handelsplattform. Die großen Energiekonzerne dürften als erste erkannt haben, daß eine Strombörse keineswegs zu sinkenden Preisen führen muß, sondern bei geschickter Anwendung von Marktmacht ein wunderbares Instrument zur Preiserhöhung sein kann. Es dauerte aber doch einige Zeit, bis die anfänglichen Befürchtungen ausgeräumt waren. Schrittmacher auf diesem Gebiet waren deshalb nicht die Stromunternehmen, sondern die etablierten Börsen, die sich in einer Phase der geschäftlichen Expansion und technischen Innovation befanden und dieses neue Betätigungsfeld nun entdeckten.

Pause ????????????????????

2. Die ersten Auswirkungen der Energiewende

Infolge der strengen Kälte im Januar und Februar wurden Befürchtungen laut, die Netze könnten zusammenbrechen und großflächige Stromausfälle eintreten. Auch hier empfiehlt es sich, ganz genau zu lesen und zu fragen, woher die Informationen kommen und wessen Interessen sie widerspiegeln!

Hierzu folgende Berichte:

<http://www.taz.de/Energiewende-im-Praxistest!/87007/>

03.02.2012

Energiewende im Praxistest Atomkraft an die Wand geblasen

Engpass im Rekordwinter? Von wegen. Deutschland exportiert Strom, während er im Atomland Frankreich wegen der vielen Elektroheizungen knapp wird

FREIBURG taz | Solche Tage galten immer als die Nagelprobe für die Energiewende: Es ist kalt, der Stromverbrauch ist hoch, und der Wind bläst kaum. Gleichwohl erweist sich das deutsche Stromnetz derzeit als stabil. "Keine Probleme", hieß es am Freitag übereinstimmend von der Bundesnetzagentur wie auch den Übertragungsnetzbetreibern. Und zum Wochenende, wenn die Nachfrage nach Strom spürbar abnimmt, entspannt sich die Situation in der Regel ohnehin.

[http://www.westfalen-blatt.de/nachricht/2012-02-12-regierung-strom-und-gasversorgung-bleibt-gesichert/?tx_ttnews\[backPid\]=613&cHash=acaf95e79ffdef77093c21013007e372](http://www.westfalen-blatt.de/nachricht/2012-02-12-regierung-strom-und-gasversorgung-bleibt-gesichert/?tx_ttnews[backPid]=613&cHash=acaf95e79ffdef77093c21013007e372)

Regierung: Strom- und Gasversorgung bleibt gesichert

Sonntag, 12. Februar 2012

Berlin (dpa) - Die Verbraucher in Deutschland müssen sich trotz der anhaltend klirrenden Kälte weiter keine Sorgen um die Versorgung mit Strom und Gas machen.

«Die derzeitige Versorgungssituation mit Strom in Deutschland ist angespannt, aber stabil», teilte eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums in Berlin mit. «Dies gilt auch für den Gasbereich, wo kein Mengenproblem existiert, sondern ein Engpass im Netz beim Transport vom Norden in den Süden Deutschlands.»

Zuvor hatte die «Welt am Sonntag» berichtet, dass im Ministerium ein Krisenstab zur Sicherung der Energieversorgung einberufen worden sei. Dies sei falsch, hieß es im Wirtschaftsministerium. «Es ist vielmehr selbstverständlich, dass das Bundeswirtschaftsministerium bei der derzeitigen Lage im regelmäßigen Kontakt mit den Netzbetreibern und der Bundesnetzagentur steht. Das ist übliches Verwaltungshandeln.»

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/trotz-kaelte-genug-strom-die-ausgefallene-katastrophe-1.1282240>

Trotz Kälte genug Strom

12.02.2012, 17:35
Berlin

Die ausgefallene Katastrophe

Von Michael Bauchmüller,

Die Befürchtungen, Deutschland werde nach der Energiewende an kalten Tagen einen Blackout erleben, haben sich bislang nicht erfüllt. Stattdessen herrscht verkehrte Welt: Nach außen hin leidet nicht Deutschland an Strommangel, sondern das Atomland Frankreich.

Das waren die Tage, vor denen die Experten gewarnt haben. Winter, Kälte, wenig Sonne, wenig Ökostrom. Dann, so hieß es im vorigen Sommer, sei der Blackout nahe - mit nur noch neun statt 17 Atomkraftwerken wie vor der Energiewende. "Einen kalten Wintertag in den frühen Abendstunden" hatte die Bundesnetzagentur seinerzeit simuliert, um dem Ernstfall nahezukommen: viel Bedarf, wenig Kapazitäten. Und jetzt?

..... Einstweilen dürfte sich die Lage entspannen. Die Kältewelle verschwindet. "Die Katastrophe ist zwar ausgeblieben", heißt es in einem Stromkonzern, **"aber wenn man den Deckel hochhebt, tut sich die Hölle auf."** Auch EU-Kommissar Oettinger will von Entwarnung nichts wissen. Die Bewährungsprobe folge in den nächsten zehn Jahren, wenn neun weitere Kernkraftwerke vom Netz gehen - dann müssten "Produktions- und Kapazitätsreserven" aufgebaut werden. Oettinger: "Das ist die eigentliche Aufgabe, die vor uns liegt."

Energieversorgung in Deutschland

Stromhändler zocken fast bis zum Blackout

Der deutsche Strommarkt stand in den vergangenen Tagen mehrfach vor dem Zusammenbruch. Laut Bundesnetzagentur waren dafür aber nicht die Kälte oder der Atomausstieg verantwortlich, sondern Energiehändler - die offenbar ihre Profite maximieren wollten. Die Aufsichtsbehörde ist alarmiert.

Berlin - Der deutsche Strommarkt wurde bis vor wenigen Tagen durch gefährliche Handelsgeschäfte in die Nähe eines Zusammenbruchs gebracht. Die "Berliner Zeitung" zitiert aus einem Schreiben der Bundesnetzagentur, das die Aufsichtsbehörde am Montag an die verantwortlichen Händler verschickt hat, weil es zu gefährlichen Defiziten im Stromnetz kam. Ein Sprecher der Netzagentur bestätigte SPIEGEL ONLINE den Wortlaut des Briefs.

Darin heißt es, das deutsche Stromnetz habe seit dem 6. Februar zu unterschiedlichen Tageszeiten "erhebliche, über mehrere Stunden andauernde Unterdeckungen verzeichnet". Deshalb sei "im Störfall teilweise keine Regelleistung verfügbar gewesen".

Die Regelleistung ist der letzte Schutzwall des Systems. Sie wird vorgehalten, um innerhalb von Sekunden Ausfälle zu kompensieren. Aus Sicht der Bundesnetzagentur sind dafür die obersten Stromhändler verantwortlich, die sogenannten Bilanzkreisverantwortlichen, die Elektrizität einkaufen.

Eigentlich sind sie rechtlich verpflichtet, stets so viel Strom aus Kraftwerken einzukaufen, wie ihre Kunden verbrauchen, schreibt die Zeitung weiter. Doch das taten sie laut Bundesnetzagentur massenhaft nicht, sondern verursachten mit "Lastprognosefehlern" den Verbrauch fast der gesamten Regelleistung. Das war offenbar Vorsatz. Mehrere Brancheninsider berichteten der Zeitung, dass es um Profitmaximierung ging.

.....

3. Rekommunalisierung

<http://de.wikipedia.org/wiki/Rekommunalisierung>

Mit Rekommunalisierung werden Prozesse bezeichnet, in denen Aufgaben und Vermögen, die vormals durch Privatisierung aus der kommunalen Verwaltung ausgegliedert wurden, wieder in Organisationsformen des öffentlichen Rechts zurückgeführt werden. Nach einem Trend zu Privatisierungen in den letzten Jahren gibt es bundesweit nunmehr eine gegenläufige Entwicklung hin zur Rekommunalisierung.

Teils spielen enttäuschte Erwartungen eine Rolle, teilweise weil das Privatisierungspotential der Kommunen ausgeschöpft ist. Im kommunalen Bereich rechnet der Deutsche Städte- und Gemeindebund nicht mehr mit einer Verkaufswelle staatlicher Vermögenswerte, mit der Finanzkrise sei zudem das Misstrauen in der Bevölkerung gegen Privatisierungen gestiegen.

Vor dem Hintergrund enttäuschter Erwartungen kommentierte der ehemalige Hamburger Bürgermeister Ole von Beust (CDU) den Verkauf der Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW) an den schwedischen Energiekonzern Vattenfall mit den Worten "...ein staatliches Monopol sei "durch ein Quasi-Monopol" auf privater Seite ersetzt worden". Es sei ein Fehler gewesen, die Hamburgischen Electricitäts-Werke an den Konzern zu verkaufen, sagt Bürgermeister von Beust.

Beispiele: Hamburg Stadtwerke, Berlin Wasser, Stuttgart Stadtwerke

3.1 Hamburg <http://www.abendblatt.de>

01.10.2008, Hamburg folgt dem Trend und gründet eigene Stadtwerke. Nach dem Privatisierungsboom sollen nun einzelne Versorgungsnetze oder Lizenzen für Strom, Gas und Wasser zurückgekauft werden.

3.2 Berlin - Wasser

<http://berliner-wassertisch.net/content/aktuell/aktuell.php>

Die Abstimmung - Der Text auf dem Stimmzettel

Am Sonntag, dem 13. Februar 2011, fand der Volksentscheid über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben statt. Der Text auf dem Stimmzettel hatte den Wortlaut:

Abgestimmt wird über den Gesetzentwurf über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben, der im Amtsblatt für Berlin vom **17. Dezember 2010** veröffentlicht ist und im Wesentlichen folgenden Inhalt hat:

Alle bestehenden und künftigen Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe sind mit Ausnahme personenspezifischer Daten vorbehaltlos offen zu legen. Sie bedürfen einer eingehenden öffentlichen Prüfung und Aussprache unter Hinzuziehung von unabhängigen Sachverständigen und der Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin. Sie sind unwirksam, wenn sie nicht im Sinne dieses Gesetzes abgeschlossen und offen gelegt werden.

Die Abstimmungsfrage lautete: Stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu? (Ja/Nein)

Das ist allerdings nur ein Meilenstein:

Das angenommene Gesetz:

Gesetz für die vollständige Offenlegung von Geheimverträgen zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe

Aktuelle Anmerkung Montag, 12. März 2012

Das per Volksentscheid beschlossene Gesetz zur Wasserverträge-Offenlegung kommt vor das Bundesverfassungsgericht. Die privaten Mitbesitzer der Berliner Wasserbetriebe BWB, Veolia und RWE, halten das Gesetz für verfassungswidrig. Jetzt wollen sie eine höchstrichterliche Entscheidung.

3.3 Stuttgart

<http://www.stuttgarter-nachrichten.de>

26.05.2011

12 Stadträte stimmen gegen Stadtwerke

Stuttgart - Die Landeshauptstadt wird wieder eigene Stadtwerke haben. Im Grundsatz hat der Gemeinderat dies am Donnerstag beschlossen und die Geschäftsfelder üppig abgesteckt. Die Mitarbeiter der Energie Baden-Württemberg, die das betrifft, machten ihrem Protest laut Luft.

Mit großer Mehrheit entschied der Gemeinderat am Donnerstag, dass die erforderlichen Schritte zur Gründung von Stadtwerken eingeleitet werden. Die Geschäftsfelder sollen "unter anderem" aus dem Netzbetrieb zur allgemeinen Versorgung mit Strom und Gas bestehen, aus dem Vertrieb von Strom und Gas, der Erzeugung von Ökostrom und anderen Energiedienstleistungen wie etwa Beratung und Finanzierung von Energiesparen in Gebäuden.

http://www.aktion-stadtwerke-stuttgart.de/files/Wasser_Kosten1.pdf

Wie teuer ist der Rückkauf der Stuttgarter Wasserversorgung wirklich?

Die gezielte Falsch-Information, es sei sehr teuer, die Wasserversorgung zurück zu kaufen, dient nur dazu, Zugeständnisse an EnBW zu rechtfertigen. Im November berichtete die StZ: EnBW verlange für die Zweckverbandsanteile der Bodensee-Wasser- und Landeswasserversorgung 250 Mio. €. Und das, obwohl sie 2002 beim Kauf dieser Anteile sehr wenig zahlen musste, weil der Preis nach dem Ertragswertverfahren ermittelt worden war. Denn Zweckverbände und kommunale Betriebe arbeiten nach dem Selbstkostenprinzip, machen demnach wenig Gewinn, werden deshalb billig gehandelt.

Das gilt aber genauso für den Rückkauf nach Stuttgart!

Mit dem Bürgerbegehren „100-Wasser“ konnten wir 2009 den von Schuster & EnBW geplanten „Stuttgarter“ Wasserbetrieb unter Betriebsführung der EnBW verhindern. Die neue EnBW-Konzession sollte von 2010 bis 2024 laufen. Die Mehrheit des Gemeinderats unterstützte diesen geplanten 2. Wasser-Ausverkauf. Die Stadt sollte für die Hälfte der Stuttgarter Wasserversorgung und der Hälfte des EnBW-Anteils an den Zweckverbänden 80 Mio. € zahlen. D.h. die gesamte Wasserversorgung - in Stuttgart plus den Anteilen an den Zweckverbänden - kann **maximal 160 Mio. €** kosten. Und das ist ein Wert, den EnBW und OB Schuster ausgehandelt haben!

Die Stadt hat genug Geld für den Rückkauf aller Netze

Das von der Stadt in Auftrag gegebene Gutachten für Stuttgarter Stadtwerke, das ‚EnBW‘-genehme **Gutachten der Unternehmensberatung Horwath**, veranschlagt den Preis für die Wasserversorgung, die Strom- und Gasnetze*) auf insgesamt 350 Mio. €. Die Stadt hat den kleineren Teil des Geldes, das sie für den Verkauf der Stuttgarter Stadtwerke (1,6 Mrd. €) erhalten hat, in einen Fonds angelegt, von dessen Zinsen bisher der öffentliche Nahverkehr unterstützt wurde. In

diesem Fonds sind heute rund 700 Mio. € Geld genug für den Rückkauf aller Netze! Die Stadt muss nicht einmal einen Kredit aufnehmen. Angesichts der Turbulenzen im Finanzsektor ist es zudem fahrlässig, dieses Geld der BürgerInnen als Geldanlage bestehen zu lassen. Die Stadt **muss dieses Bürgereigentum sichern. Es gibt nichts, was wertbeständiger und wichtiger ist als die Lebensgrundlagen der Stadt.**

► **Der Besitz** des Strom- und Gasnetzes bringt eine **garantierte Rendite von 7-9%**. Der Preis aller Netze, auch das für Fernwärme, wird nach dem Ertragswertverfahren ermittelt. .

► **Der Betrieb** des Strom- und Gasnetzes (Personalausgaben, Investitionen und Wartung) wird **finanziert über die Netzdurchleitungsgebühren**.

► **Das Personal** wird von EnBW übernommen, gesetzlich garantiert.

Das Konzessionsrecht betrifft ausschließlich die Netze.

Kraftwerke, Grundstücke, Betriebswohnungen etc. bleiben wegen des Komplett-Verkaufs unserer Stadtwerke von 2002 bei EnBW. .

Aussteigen aus Atom- und Kohle können wir nur durch eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Energieerzeugung. .

Dazu brauchen wir alle Netze. .

► **Dafür steht das Bürgerbegehren ‚Energie- & Wasser Stuttgart‘ ◀**

Sammeln Sie mit! Listendownload: www.aktion-stadtwerke-stuttgart.de

Wir brauchen noch 5000 Unterschriften und müssen Anfang 2012 abgeben

Wir schlagen vor: .

Energiewende-Sofortprogramm für Ba-Wü

Eine Million Mikro-Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK)- siehe auch Presse-Erklärung v. EUROSOLAR/Nov.2011 und v.VDI/Nov. 2011. So wie heute in jedem Haushalt ein Kühlschrank steht, so muss in Zukunft eine Mikro-KWK als Ersatz für die Heizung stehen. Bei einer Leistung von je 4 kW el bedeutet das eine Spitzenleistung von 4 GW (*Wintertag, klirrende Kälte, Dunkelheit, Windstille*). **Im Zusammenwirken mit Windkraft und Photovoltaik werden so innerhalb einer Legislaturperiode alle baden-württembergischen Atomkraftwerke**

(incl. der Leistung der 2 abgeschalteten!) **ersetzt**. Da Strom vor Ort produziert und verbraucht wird, entfallen die Kosten für einen Ausbau der Übertragungsleitungen. Gegenüber dem teuren konventionellen Ausbau der Netze bedeutet ein Zuschuss in Höhe von bspw. 500 € je Mikro-KWK ein Nasenwasser. Land und Kommune verdienen hieran infolge erhöhter Steuereinnahmen. **Das ist die Energiewende bis 2015**, zunutzen der Bürger, demokratisch, effizient, zum dem Erhalt der Umwelt. Mit unserem Vorschlag wird das Abwürgen der Konjunktur mittels europaweiter Sparprogramme wenigstens teilweise kompensiert.

B. Kern, U. Jochimsen, Stuttgarter Wasserforum, barbarakern1@alice-dsl.net
www.aktion-stadtwerke-stuttgart.de - www.ulrich-jochimsen.de

<http://www.taz.de/Stuttgart-kooperiert-mit-Schoenau-!/88048/>

Stuttgart kooperiert mit Schönau

Ein kleiner Quantensprung

Ein gemeinsames Vertriebsunternehmen zwischen Schwäbische Stadtwerke und badischen Stromrebelln soll Kunden in der Landeshauptstadt mit Ökostrom versorgen.
von Bernward Janzing

Die Stuttgarter Stadtwerke holen sich die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) als Partner mit ins Boot: Ein gemeinsames Vertriebsunternehmen soll künftig Kunden in der Landeshauptstadt mit Ökostrom und Gas versorgen. Das hat der Aufsichtsrat der Stadtwerke am Freitagabend entschieden. Damit konnten sich die Schönauer Stromrebelln, die derzeit bundesweit 130.000 Kunden versorgen, gegen die Mitbewerber Thüga und Stawag durchsetzen.

"Wir werden in Stuttgart zusammen mit den Stadtwerken das gleiche Stromprodukt anbieten, das alle unsere Kunden erhalten", sagt EWS-Vorstand Michael Sladek. Bei der Ökoqualität des Angebotes habe die EWS keinerlei Kompromisse akzeptiert.

Und auch von der Geschäftsphilosophie, keinerlei Geschäfte mit Firmen zu machen, die mit der Atomkraft verflochten sind, rücke man in Stuttgart nicht ab. Bei den Stadtwerken kam das konsequente Auftreten offenbar gut an: Mit zehn gegen fünf Stimmen war das Votum des Aufsichtsrates deutlich. Auch Oberbürgermeister Wolfgang Schuster hatte sich für den Einstieg der Schönauer stark gemacht.

Für die EWS, die aus einer Elterninitiative gegen Atomkraft nach dem Tschernobyl-Unfall entstanden ist, sei der Weg in die Großstadt "ein kleiner Quantensprung", sagt Sladek. Zwar versorgt das badische Unternehmen in Stuttgart nach eigenen Angaben bereits 10.000 Kunden, doch mit dem gemeinsamen Vertriebsunternehmen zusammen mit den Stadtwerken habe man nun den Fuß in der Tür für weitere Projekte in der Stadt: "Natürlich denken wir daran, in Stuttgart auch die dezentrale Stromerzeugung auszubauen", sagt Sladek. Für Blockheizkraftwerke zum Beispiel gebe es in einer solchen Metropole schließlich großes Potenzial.

Netz-Rückkauf geplant

Denkbar wäre auch eine Kooperation beim künftigen Netzbetrieb. Denn die Stadtwerke Stuttgart, die erst im Juli 2011 gegründet wurden, wollen das Strom- und das Gasnetz der Landeshauptstadt zurückkaufen. Bislang werden die Netze von der EnBW betrieben, aber die Konzessionen laufen Ende 2013 aus. Die Stadt hat bereits ein Gutachten erstellen lassen, das den Kaufpreis beziffert: 105 Millionen Euro sei das Stromnetz wert, 80 Millionen Euro das Gasnetz.

Doch nun steht erst einmal der Aufbau des Stromvertriebs in Stuttgart an, denn die jungen Stadtwerke sind bislang nicht viel mehr als eine unternehmerische Hülle. Ziel der neuen Konzerntochter ist die Akquise von 40.000 Strom- und 15.000 Gaskunden in den nächsten drei Jahren.

4. Was kann der Bürger selber tun ?

Zunächst mal:

Es geht nicht nur um Strom, da braucht der Durchschnittsdeutsche so plus/minus 1200 Kwh. Aber wir verbrauchen noch viel mehr Energie, die wir teuer importieren müssen und die zum Teil immense Schäden für Klima und Umwelt bedeuten.

Erdöl ist bekanntlich endlich ! Das wissen wir aber schon seit vielen Jahren. Aber Wissen und die Konsequenzen daraus ziehen sind bekanntlich zweierlei. Natürlich werden immer wieder neue Ölfunde gemacht, aber die Förderung wird immer teurer und riskanter und die Risiken für die Umwelt immer unbeherrschbarer, siehe zuletzt im Golf von Mexiko.

es geht also vor allem sehr stark um Energie zur Heizung, im täglichen Straßenverkehr, für den Urlaub.

Wenn ich also eine Flugreise um den Halben Erdball mache, dann sind dagegen die Energiesparmaßnahmen mittels Sparlampen oder dergleichen lächerlich gering. Das gilt auch schon, wenn ich mit dem eigenen Auto 2000 Km in den Urlaubsort fahre.

Das heißt nun nicht, dass niemand mehr in Urlaub fliegen oder fahren soll, ich will hier nur mal die Größenverhältnisse aufzeigen.

Was kann der Bürger also tun?

Zum einen vermeiden bzw. sparen.

- Wärmedämmung Haus (KfW-Darlehen)
- Effizienteres Heizsystem überlegen z.B. mittels Wärmepumpe, BHKW, Schwarmstrom von Lichtblick AG
- effizientere Geräte bzw. Leuchten (Straßenbeleuchtung)
- vielleicht auch an Fahrgemeinschaften denken

zum anderen selber erzeugen,

z.B. mittels Photovoltaik auf dem Dach, oder mittels Beteiligung an einem Projekt, an Kooperativen, an Genossenschaften, an einer AG, etc.

was ist bereits möglich geworden?

Am bekanntesten ist wahrscheinlich EW Schönau, aber auch der Windmühlenberg in Karlsruhe.

Und vieles anderes mehr - siehe nächster Punkt

5. Kommunal-erneuerbar.de u.a.

siehe <http://www.kommunal-erneuerbar.de/>

Beispiele:

5. 1 Schwäbisch Hall

Die Vierzigtausendeinwohnerstadt liegt im Norden Baden-Württembergs. Um den Energiehunger der durch Dienstleistung geprägten Stadt zu stillen, setzen die Stadtwerke auf Erneuerbare Energien.

Wasserkraftanlagen wurden reaktiviert und die **Photovoltaik gefördert**, wie etwa der Solarpark „Solpark“ im Südosten der Stadt. Hinzu kommen **ein paar Windräder**. „Die Stadtwerke Schwäbisch Hall sind bereits seit Jahrzehnten darauf ausgerichtet, Energie sicher und nachhaltig zu erzeugen. Da war es im Zuge des Zubaus Erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen nur konsequent, auch das Thema **Biogas** anzugehen und entsprechende Kooperationen mit den Landwirten einzugehen“, erläutert der Abteilungsleiter für Kraftwerke und Contracting Steffen Hofmann.

5. 2 Das Städtedreieck Grafenwöhr, Eschenbach und Pressath (Oberpfalz)

Im Jahr 2008 legten die Städte Grafenwöhr, Eschenbach, Pressath den Grundstein für die gemeinsame kommunale (Strom-)Versorgung aus Erneuerbaren Energien. Dem Städtedreieck war es von Anfang an wichtig, möglichst viele Bürger und Kommunen einzubinden und diese an der Versorgung durch Erneuerbare Energie zu beteiligen. Um die verschiedenen Akteure erfolgreich unter einem Dach zu vereinen, gründeten die drei Städte eine Genossenschaft. Ein passender Name war ebenso schnell gefunden, wie die Organisationsform: NEW – das Autokennzeichen des gemeinsamen Landkreises Neustadt an der Waldnaab – ist das Kürzel der Energiegenossenschaft „Neue Energien West eG“. Die junge Genossenschaft zeigt, wie Kommunen interkommunal gemeinsam mit ihren Bürgern erfolgreich Erneuerbare Energien ausbauen und nutzen können.

Die Genossenschaft betreibt mehrere Dach-Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 391 Kilowatt Peak und zwei **Freiland-Photovoltaikanlagen** mit 3,1 Megawatt Peak Leistung. **Es sollen weitere Photovoltaik-, Biomasse bzw. Holzhackschnitzel- sowie Windkraftanlagen folgen.** Dies bewirkt u.a. dass die Wertschöpfung in den Regionen gehalten wird

Andere Beispiele:

5.3 Nachhaltige Stadt Leutkirch <http://www.nachhaltige-stadt-leutkirch.de/>

- 20.01.2012 Bürger sollen sich am Solarpark beteiligen
Zweckgebundene Darlehensangebote für die Energiegenossenschaft Leutkirch
- 24.01.2012 EnBW erstellt für Leutkirch ein kommunales Klimaschutzkonzept
- 25.01.2012 Workshoprunde 3 Als ihre wichtigsten Ziele formulierten die Workshop-Teilnehmer, neue Personen zum Mitmachen zu gewinnen, eine breite Informationspolitik zu etablieren und vielfältige Veranstaltungen zur Thematik anzubieten.

http://www.kommunaldirekt.de/content/1magazin/archiv/2010/2010_06/energie/01.html

5.4 Straßenbeleuchtung mittels LED in Kieselbronn

(englisch light-emitting diode, deutsch lichtemittierende Diode,) ist ein elektronisches Halbleiter-Bauelement. Fließt durch die Diode Strom in Durchlassrichtung, so strahlt sie Licht, Infrarotstrahlung (als Infrarotleuchtdiode) oder auch Ultraviolettstrahlung mit einer vom Halbleitermaterial und der Dotierung abhängigen Wellenlänge ab.)

Aufgrund von Energieeffizienzrichtlinien der Europäischen Union und den daraus resultierenden gesetzlichen Vorgaben zum Verzicht auf Hochdruck-Quecksilberdampflampen ab 2015, muss der größte Teil der Lichtpunkte in der Gemeinde ausgetauscht werden.

Die Vorgaben für die anstehende Sanierung waren die Reduzierung des Energieverbrauchs und der Wartungskosten bei gleichzeitiger Verbesserung der Beleuchtungsqualität. Die Gesamtzahl der 461 Straßenleuchten sollte nicht verringert werden.

Entsprechend dieser Rahmenbedingungen entwickelte der Energieversorger, die **EnBW Regional AG**, ein neues Dienstleistungspaket. Als Pilotprojekt erhielt Kieselbronn als erste Kommune Baden-Württembergs mit „Öko-Licht + Leasing“ einen neuen Komplettservice für die örtliche Straßenbeleuchtung, mit dem nicht nur die Lichtqualität verbessert, sondern auch der Gemeindehaushalt deutlich entlastet werden sollte. Das Paket umfasst neben Betrieb und Wartung der Straßenbeleuchtung auch die Energieversorgung aus 100 Prozent regenerativer Energie sowie die Modernisierung.

Ergebnis: Besseres Licht und geringere Kosten

6. Was sagt ATTAC – Deutschland dazu ?

<http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/rat/ratssitzung-1862011/>

Ist die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch möglich?

Das entscheidende Bewertungskriterium für Erneuerbare Energien ist ihre Verfügbarkeit für Alle - Ein Plädoyer für Dezentralisierung

Korreferat zu Bruno Kern

„Energiewende zwischen infantilen Phantasien und Ernüchterung“

Der entscheidende Vorteil der Dezentralität - dezentrale Solartechniken

Zusammenfassung und Endergebnis:

Es gibt zwei Arten der Erneuerbaren Energien:

- die Großprojekte, deren Verwirklichung die Macht der Konzerne vergrößert und das Tempo des Umstieges verlangsamt (weil die Konzerne sich nicht selber Konkurrenz machen wollen)

- die dezentralen Erneuerbaren und dezentralen kleinen Stromspeicher deren weiterer Ausbau (Massenproduktion) zur Verbilligung einer Technik führt, die zur Unabhängigkeit von den Konzernen beiträgt und deshalb bald global eine ungeheure Wirkung erzielen kann. Kleine Solaranlagen mit Speicherbatterien könnten bald weltweit jedes Kohle- Atom- und Ölkraftwerk unterbieten.

Gegen den beschleunigten Ausbau der dezentralen Erneuerbaren Energien ist Widerstand zu erwarten, doch sind die Chancen, diesen Widerstand zu überwinden, nicht schlecht, denn alle Fraktionen im Bundestag fordern nach Fukushima zumindest verbal eine Beschleunigung des Wachstums der Erneuerbaren Energien, um den Atomausstieg wettzumachen.

Nehmen wir sie beim Wort !

7. Und was sagt die Staatskanzlei (> Brief vom 16.2.12)

Und Artikel SZ 25.2.12 „Der Erfolg des Scheiterns“

Anhang

Infotafeln

Die vier großen - Kennzahlen

Wirtschaftliche Kennzahlen bis 2008, 2009 und 2010

Vergleiche mit Haushalten z.B. Umweltministerium

Anstatt Vattenfall, da kein Aktienhandel mehr und deshalb keine
Publizitätspflicht jetzt mit MVV,

Der Mappus – Deal

Wie war das eigentlich noch ?

Chemie – Angst vor teurem Strom

Kennzahlen

Heuschrecken

Interessieren sich für Windparks in der Nordsee

Infoblatt

Adressen zum Thema